

INHALTSÜBERSICHT

1. KAPITEL: EINLEITUNG UND PROBLEM DARSTELLUNG	1
A. Einleitung.....	1
I. Der Gemeinschaftsbetrieb – ein tatsächliches Phänomen.....	1
II. Die Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen.....	3
B. Das Mitbestimmungsgesetz und der Gemeinschaftsbetrieb	6
I. Voraussetzungen für das Eingreifen des Mitbestimmungsgesetzes.....	6
II. Verweisungen des Mitbestimmungsgesetzes in das Betriebsverfassungs- gesetz	7
III. Berechnung des Schwellenwertes des § 1 Abs. 1 Nr. 2 MitbestG mittels Zuordnung der Arbeitnehmer eines Gemeinschaftsbetriebs.....	7
IV. Lösungsansätze	9
C. Die aktive und passive Wahlberechtigung der Arbeitnehmer eines Gemeinschaftsbetriebs zum Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungs- gesetz	9
D. Fragestellung	11
E. Hypothesen.....	11
F. Gang der Darstellung.....	12
2. KAPITEL: DER BETRIEB.....	15
A. Keine gesetzliche Definition des Betriebs	15
B. Betrieb und Unternehmen – zwei zu unterscheidende Rechtsfiguren	15
C. Die Einheit der Organisation als maßgebliches Merkmal des Betriebs... 	17
I. Herkömmliches Verständnis des Betriebs.....	17
II. Definition des Merkmals der Einheit der Organisation	18
III. Entwicklung des Merkmals der Einheit der Organisation durch die Literatur	19
IV. Die Aufgaben des einheitlichen Leitungsapparates als maßgebendes Merkmal der Einheit der Organisation	23

V. Präzisierung des Merkmals der einheitlichen Leitung durch die Rechtsprechung.....	24
D. Schwindende Bedeutung des herkömmlichen Verständnisses des Betriebs	25
I. Einheitlicher Inhaber	26
II. Arbeitstechnischer Zweck.....	26
III. Räumliche Einheit	26
IV. Dauerhaftigkeit des Betriebs	29
V. Bestehen einer Betriebsgemeinschaft	29
VI. Zusammenfassung	31
E. Abschließende Zusammenfassung – Bestimmung des Betriebs anhand der Einheit der Organisation	31
3. KAPITEL: DER GEMEINSCHAFTSBETRIEB - EIN TATSÄCHLICHES PHÄNOMEN.....	33
A. Gesetzliche Regelung des Gemeinschaftsbetriebs in § 1 Abs. 2 BetrVG	33
I. Hintergrund, Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung	33
II. Begründung des Reformgesetzgebers zu § 1 Abs. 2 BetrVG	34
III. Vermutungsregelung des § 1 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG	35
IV. Vermutungsregelung des § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG.....	39
B. Der Gemeinschaftsbetrieb in Rechtsprechung und h. L	40
I. Das wesentliche Merkmal des Gemeinschaftsbetriebs – das Vorhandensein eines einheitlichen Leitungsapparats.....	40
II. Vorliegen einer Führungsvereinbarung zwischen den Trägerunternehmen des Gemeinschaftsbetriebs.....	49
C. Abschließende Zusammenfassung – Einheitliche organisatorische Leitung und konkludente Führungsvereinbarung als wesentliche Merkmale des Gemeinschaftsbetriebs.....	62
D. Exkurs zur Klarstellung: Das Gemeinschaftsunternehmen	62

4. KAPITEL: DER GEMEINSCHAFTSBETRIEB UND DAS MITBESTIMMUNGSGESETZ: DAS PROBLEM DER SCHWELLENWERTBERECHNUNG UND DER WAHLBERECHTIGUNG	65
A. Der Gemeinschaftsbetrieb und das Mitbestimmungsgesetz	65
B. Schwellenwertberechnung und Wahlberechtigung im Mitbestimmungsgesetz	66
C. Lösungsgrundsätze gelten auch für das Drittelparteigesetz.....	67
5. KAPITEL: BERECHNUNG DES SCHWELLENWERTES DES § 1 ABS. 1 NR. 2 MITBESTG MITTELS ZUORDNUNG DER ARBEITNEHMER EINES GEMEINSCHAFTSBETRIEBS	69
A. Mehrfache Arbeitnehmerzuordnung im Gemeinschaftsbetrieb (h. M.)... <td>69</td>	69
I. Gleichlauf der Arbeitnehmerzuordnung in Gemeinschaftsunternehmen und Gemeinschaftsbetrieb	70
II. Heranziehung des § 10 Abs. 2 Satz 1 MitbestG	70
III. Sinn und Zweck der Unternehmensmitbestimmung – insbesondere des § 5 MitbestG	71
B. Weitere Ansichten zur Arbeitnehmerzuordnung im Gemeinschaftsbetrieb	72
I. Arbeitnehmerzuordnung mittels Gruppenbildung.....	73
II. Beteiligungsproportionale Zuordnung der Arbeitnehmer	74
III. Anknüpfung an den Arbeitsvertrag	75
IV. Anknüpfung an den Arbeitsvertrag mit weiterem Kriterium	77
C. Stellungnahme	79
I. Gleichlauf der Arbeitnehmerzuordnung in Gemeinschaftsunternehmen und Gemeinschaftsbetrieb	79
II. Arbeitnehmerzuordnung mittels Gruppenbildung	82
III. Beteiligungsproportionale Zuordnung der Arbeitnehmer	85
IV. Zusammenfassung	86
V. Unumgänglichkeit der Auslegung der einschlägigen Normen des Mitbestimmungsgesetzes für die Problemlösung.....	86

6. KAPITEL: AUSLEGUNG DES MITBESTIMMUNGSGESETZES IN BEZUG AUF DIE SCHWELLENWERTBERECHNUNG MITTELS ZUORDNUNG DER ARBEITNEHMER EINES GEMEINSCHAFTSBETRIEBS	87
A. Einleitung.....	87
B. Die grammatischen Auslegung des § 1 Abs. 1 Nr. 2 MitbestG	87
I. Die Auslegung des Wortlauts in Rechtsprechung und Literatur.....	87
II. „ <i>Arbeitnehmer</i> “	90
III. „ <i>Beschäftigen</i> “	93
IV. „ <i>In der Regel</i> “	96
V. „ <i>Unternehmen</i> “	97
VI. Stellungnahme zur Wortlautauslegung.....	98
C. Die systematische Auslegung des Mitbestimmungsgesetzes	100
I. Die zur Systematik vertretenen Ansichten in Literatur und Rechtsprechung.....	101
II. Die Systematik der Zuordnungsnormen des Mitbestimmungsgesetzes....	102
III. Keine mehrfache Zuordnung der Arbeitnehmer eines Gemeinschaftsbetriebs zu allen Trägerunternehmen desselben über § 5 MitbestG begründbar	104
IV. Keine analoge Anwendung des § 5 MitbestG auf die Arbeitnehmerzuordnung im Gemeinschaftsbetrieb	108
V. Keine Begründung der mehrfachen Zuordnung über die Wahlnorm des § 10 Abs. 2 MitbestG	110
VI. Zusammenfassung zur Systematik der Zuordnungsnormen.....	112
D. Historische Auslegung der Zuordnungsnormen	113
E. Sinn und Zweck der Unternehmensmitbestimmung	114
I. Die Ansichten in Literatur und Rechtsprechung	114
II. Sinn und Zweck der Unternehmensmitbestimmung im Allgemeinen	115
III. Umsetzung des Ziels der Unternehmensmitbestimmung im Gemeinschaftsbetrieb	116
IV. Sinn und Zweck des § 5 MitbestG im Speziellen.....	120
V. Zusammenfassung zu Sinn und Zweck	123

F. Abschließende Würdigung der Ergebnisse der Auslegung	124
<u>7. KAPITEL: ANWENDBARKEIT BETRIEBSVERFASSUNGS-RECHTLICHER REGELUNGEN AUF DIE ARBEITNEHMERZUORDNUNG IM GEMEINSCHAFTSBETRIEB GEMÄß DEM MITBESTIMMUNGSGESETZ</u>	127
A. Einleitung und Ansicht von Thüsing/Forst.....	127
B. Trennung der Mitbestimmungsregime in Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsgesetz.....	127
I. Funktion der Mitbestimmungsregime	127
II. Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer und Unternehmen	129
III. Institutionelle Trennung der Mitbestimmungsregime	130
C. Keine Anwendbarkeit betriebsverfassungsrechtlicher Regelungen auf das Mitbestimmungsgesetz	132
<u>8. KAPITEL: DURCHFÜHRUNG DER ZUORDNUNG DER ARBEITNEHMER EINES GEMEINSCHAFTSBETRIEBS ZUR SCHWELLENWERTBERECHNUNG NACH § 1 ABS. 1 NR. 2 MITBESTG</u>	135
A. Grundfall: Arbeitnehmerzuordnung mittels Arbeitsvertrag	135
I. Aus der Auslegung des Mitbestimmungsgesetzes für die Arbeitnehmerzuordnung mittels Arbeitsvertrag folgende Erkenntnisse	135
II. Für die Anknüpfung an den Arbeitsvertrag sprechende Gründe	139
B. Sonderfall: Arbeitnehmerzuordnung zu weiteren Trägerunternehmen unabhängig von der arbeitsvertraglichen Bindung (sog. Zweit-Zuordnung).....	141
I. Gründe für die Zweit-Zuordnung von im Gemeinschaftsbetrieb beschäftigten Arbeitnehmern zu einem weiteren Trägerunternehmen	142
II. Das Mitbestimmungsgesetz – ein Gesetz an der Schnittstelle zwischen Arbeits- und Gesellschaftsrecht	143
III. Merkmal der Betroffenheit	145
IV. Schwerpunkt der Tätigkeit	151
V. Kritik an der Zweit-Zuordnung mittels Betroffenheit und Schwerpunkt der Tätigkeit	152

VI. Stellungnahme	153
C. Abschließende Zusammenfassung zur Arbeitnehmerzuordnung	159
<u>9. KAPITEL: DIE AKTIVE UND PASSIVE WAHLBERECHTIGUNG DER ARBEITNEHMER EINES GEMEINSCHAFTSBETRIEBS ZUM AUFSICHTSRAT NACH DEM MITBESTIMMUNGSGESETZ ALS RECHTSFOLGE DER ÜBERSCHREITUNG DES SCHWELLENWERTES DES § 1 ABS. 1 MITBESTG</u>	161
A. Die aktive Wahlberechtigung der Arbeitnehmer des Gemeinschaftsbetriebs zum Aufsichtsrat	161
I. Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes zur aktiven Wahlberechtigung der Arbeitnehmer	161
II. Die zur aktiven Wahlberechtigung unter Beteiligung eines Gemeinschaftsbetriebs vertretenen Ansichten	163
III. Auslegung des Mitbestimmungsgesetzes im Hinblick auf die aktive Wahlberechtigung der Arbeitnehmer im Gemeinschaftsbetrieb	165
IV. Ansichten der Literatur zur aktiven Wahlberechtigung und Stellungnahme	173
V. Zusammenfassung	175
B. Die passive Wahlberechtigung von Fremd-Arbeitnehmern zum Aufsichtsrat	176
I. Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes zur passiven Wahlberechtigung der Arbeitnehmer	176
II. Die Ansichten zur Wählbarkeit von Fremdarbeitnehmern	177
III. Die Vorgaben des Mitbestimmungsgesetzes im Hinblick auf die passive Wahlberechtigung	178
IV. Zusammenfassung	181
C. Abschließende Zusammenfassung zur Wahlberechtigung	181

10. KAPITEL: ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE.....	183
A. Der Gemeinschaftsbetrieb.....	183
B. Die Stellung als im Unternehmen beschäftigter Arbeitnehmer als Vorgabe des Mitbestimmungsgesetzes für die Zuordnung.....	183
C. Die Trennung der Mitbestimmungsregime in Mitbestimmungsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz	185
D. Arbeitnehmerzuordnung zur Schwellenwertberechnung: Zuordnung und Zählung beim Vertragsarbeitgeber sowie ausnahmsweise weitere Zuordnung und Zählung bei übermäßiger Tätigkeit für ein anderes als das Arbeitgeber-Trägerunternehmen.....	186
E. Aktive und passive Wahlberechtigung der Arbeitnehmer des Gemeinschaftsbetriebs.....	186